

Widerstand gegen Substitutionspraxis: Sorgen im Hammer Süden wachsen

Bürgerinitiative fordert Austausch mit Stadt Hamm über geplante Substitutionspraxis im Hammer Süden.
Diskussion über Alternativen nötig.

Im Hammer Süden gibt es derzeit erhebliche Diskussionen über die geplante Eröffnung einer Substitutionspraxis. Diese Praxis soll im ehemaligen Elektromarkt Rinsche an der Werler Straße angesiedelt werden. Die Bürgerinitiative für einen ruhigen und sicheren Hammer Süden äußert Bedenken hinsichtlich des Standortes und fordert von der Stadt klare Stellungnahmen sowie einen offenen Dialog über Alternativen.

Angst und Skepsis in der Bevölkerung

Die Sorgen der Anwohner sind groß. Jochen Berkemeier, ein Mitglied der Bürgerinitiative, erklärte, dass es nicht gegen das Konzept der Substitutionspraxis an sich gehe, sondern vielmehr um deren Lage. Viele Anwohner befürchten, dass die Nähe zu Schulen und Kindergärten negative Auswirkungen haben könnte. „Die Laufwege führen nicht zu karitativen Einrichtungen“, sagt Berkemeier, und führt an, dass dies die Risiken für den Drogenhandel im Umfeld erhöhen könnte.

Erschöpfende Diskussionen zum Standort

Die Initiatoren der Bürgerinitiative haben immer wieder betont, dass sie sich einen sachlichen Austausch mit der Stadt wünschen. Eine bloße Bezugnahme auf baurechtliche Gegebenheiten sei in diesem Fall nicht ausreichend. Berkemeier

verwies darauf, dass die Ängste in der Bevölkerung ernst genommen werden müssen und dass verständliche und ehrliche Kommunikation von der Stadt erforderlich ist.

Der dringende Bedarf an Alternativen

Die Bürgerinitiative schlägt vor, mögliche alternative Standorte für die Praxis zu diskutieren, da die derzeitige Planstelle Bedenken aufwirft. Der anhaltende Widerstand zeigt, dass der Standort nicht nur als administratives Thema gesehen werden kann, sondern auch als Teil einer breiteren Diskussion über die Sicherheit und Lebensqualität im Hammer Süden.

Ein Blick in die Zukunft

Berkemeier forderte dazu auf, auch einen möglichen positiven Bescheid zur Praxis zu überprüfen. „Es ist wichtig, nichts unversucht zu lassen“, erklärte er und betonte, dass die Initiative weiterhin aktiv bleiben werde, um für die Anliegen der Bürger einzutreten. Die bevorstehenden Entscheidungen werden nicht nur für die unmittelbaren Anwohner von Bedeutung sein, sondern auch für die gesamte Stadt Hamm und deren umstrittene Drogenpolitik.

Die Entwicklungen rund um die Substitutionspraxis in Hamm sind ein wichtiger Indikator für die aktuellen Herausforderungen, die Städte bei der Integration solcher Einrichtungen bewältigen müssen. Eine klare Kommunikation und ein respektvoller Austausch zwischen Stadtverwaltung, Anwohnern und Initiativen sind entscheidend, um Lösungen zu finden, die den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht werden.

- **NAG**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de